

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	CSU	FDP	
Außenpolitik	für :	soziale Weltwirtschaft	Stärkung der OSZE	eine europäische, parlamentarisch kontrollierte Armee			Kultur der militärischen Zurückhaltung		
		Abrüstung	internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle	gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik		umfassenden Datenschutz	gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung		
		zivile Kooperation	- Militär zur Gewalt Eindämmung - internationale Allianzen - NATO	die Beziehung zu Russland wird als "unerzichtbare" "strategische Partnerschaft" bezeichnet		enge europäische Kooperation bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus	Etablierung und Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO		
			Beitrittsperspektive der Türkei	einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat sowohl für Deutschland als auch langfristig für die EU		einen offenen und fairen Welthandel mit hohem Schutzstandard	Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl		
	gegen :	Ziel der weltweiten Einsatzfähigkeit	militärische »Konfliktlösungen«			Beitritt der Türkei zur EU			
		Ausbau militärischer Stärke	Raketenabwehrschild						
		Kriegseinsätze	Ausbau der NATO zu einer Konkurrenzorganisation der Vereinten Nationen						
	Forderung :	Besitz von Massenvernichtungswaffen							
		sofortiger Abzug aus Afghanistan	EU-Kommissar für Justiz und Menschenrechte				Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten zu strengen Kontrollen an den EU-Außengrenzen	aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratieförderung	
		Verbot von Rüstungsexporten	in Lissabon im Dezember 2007 vereinbarte Gemeinsame Strategie Afrika – EU erheblich vertiefen				Verhinderung illegaler Einwanderung, Menschenhandel, Schmuggel und grenzüberschreitender Kriminalität	neue europäische Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle	
			Einbeziehung Russlands in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft				wirksamen weltweiten Schutz des geistigen Eigentums	langfristig einen europäischen Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
	Sozialpolitik	für :	sozialstaatliche Grundsätze	individuelles Recht auf eine Mindestsicherung in der Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums	eine europäische Sozialunion, die aus gemeinsame verbindliche Regeln und Standards besteht, jedoch nicht die nationalen Systemen ersetzt			"die Rechte und den notwendigen Schutz der Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit die Grundlagen unseres Wohlstandes erwirtschaften"	"fairer Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme"
gut entlohnte Arbeit			Mindestlöhne	Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer sollen abgesichert und ausgebaut werden				mehr Verantwortung für soziale Reformen bei den Mitgliedstaaten	
mehr sozialen Wohnungsbau			Barrierefreies Europa	Koppelung der Zielausgaben sollen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit					
			Sammelklagen (Verbraucherschutz)						
gegen :		wachsende soziale Spaltung					vorzeitige Öffnung des nationalen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten der EU		
		Ausgrenzung und Armut							
Forderung :		mehr öffentliche Investitionen	gesetzlichen Sanktionierung von Lohndiskriminierung.	Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage der Unternehmenssteuer und Einführung eines europäischen Mindestsatzes			Bekämpfung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen	soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage	
		Einführung einer Kindergrundsicherung (alle Regelleistungen werden zusammengefasst)	Europäische Sozialkarte	existenzsichernde Mindestlöhne			"ein Europa der Familien" mit besten Bedingungen für mehr Kinder	Programme zur europaweiten Förderung von Projekten, die zu Vielfalt und Toleranz beitragen	
		Abschaffung Hartz IV	Aufnahme verbindlicher sozialer Ziele in das Gemeinschaftsrecht	gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, für Frauen und für Männer				Innovations- und Bildungsförderung statt strukturehaltender Subventionen	
		Mindestlohn (10,-€) und Mindestrente (900,-€)	Zugang zu einem Breitband-Internetanschluss	Grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und -verträge sollen möglich sein				Umwidmung des Globalisierungsfonds zu Mitteln für Forschung und Entwicklung	
Transparenz / Demokratie		für :	Gleichberechtigung Mann & Frau	europäisches Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und EU-weite Referenden	die SPD möchte aus der SPE eine "echte" europäische Partei machen, mit einem Grundsatzprogramm und einem Spitzenkandidat für die Europawahlen			das Recht des europäischen Parlamentes, selbst über seinen Sitz zu entscheiden	
	mehr unmittelbare Mitwirkung der Bürger/innen		europäischen Entscheidungsstrukturen demokratisch und transparent Lissabon-Vertrag						
	gegen :	Diskriminierung							
		"Lohndiskriminierung"							
		Einschränkung der Rechte von Parlamenten und Gewerkschaften	Vorratsdatenspeicherung						
	Forderung :	transparente Entscheidungsprozesse	legale und dauerhaft angelegte Wege für die Einwanderung in die EU.	"[...] eine transparente, effektive und demokratisch kontrollierte Haushaltspolitik [...]"			Dass das Europäische Parlament als einzige direkt vom Volk gewählte EU-Institution alle grundsätzlichen Fragen der EU mitentscheidet.	"Stärkung der demokratischen Komponente der europäischen Innen- und Justizpolitik durch den Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente"	
		umfassende Bürgerdemokratie	echte europäische Verfassung.				Einführung von Direktwahlkreisen bei Europawahlen	volle Sicherstellung einer lückenlosen und wirksamen Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der EU	
Verbot von Parteispenden durch Unternehmen		Wahlrecht für alle, die länger als 5 Jahre in einem EU-Staat leben				deutlich stärkere Beteiligung von Bundestag und Bundesrat bei der europäischen Gesetzgebung	Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente		
	freier Zugang zu digitalen Netzwerken	transparentes Verfahren der Fördermittelvergabe				Einbeziehung der Bürger bei wichtigen Fragen zu Europas Zukunft durch Volksabstimmungen	"nationale Zuverlässigkeitserklärung der Finanzminister der Mitgliedstaaten für alle verwendeten EU-Gelder"		

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	CSU	FDP	
Innenpolitik	für :	"partnerschaftliche Kooperation der Regionen"	Möglichkeit, Grundrechte auch gegen Akte der Europäischen Union einzulegen	eine gemeinsame Flüchtlingspolitik			verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung der Kommunen auch gegenüber der EU	bedingungslose Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EU-Mitgliedstaaten	
		Grundrecht auf Asyl	Ausweitung der Zuständigkeiten von EUROJUST				weniger Bürokratie in Europa und einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen	größere Zurückhaltung bei strafrechtlichen Sanktionen als schärfstes Mittel zur wirksamen Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts	
			rationale Drogenpolitik					Stärkung des ordre-public-Vorbehalts	
	gegen :	Neofaschismus, Rassismus, Fremdenhass	Abschiebehalt für Minderjährige (Dublin-II-Verordnung)				Bodenschutzrichtlinie mit neuen bürokratischen Vorgaben		
			FRONTEX						
			PNR						
	Forderung :		ISPS Codes						
		Bekämpfung der Kriminalität darf nicht zu Lasten der Grundrechte gehen	EUROPOL demokratisch kontrollieren				Soziale Marktwirtschaft mit einem starken und innovativen Mittelstand, einer praxisorientierten dualen Ausbildung und einem ausgeprägten sozialen Frieden mit einer stabilen Sozialpartnerschaft als Leitmodell für die gesamte EU	Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	
			Initiativrecht für das Europäische Parlament				Schutzniveau der Bürger im Verbraucherschutz erhalten und stärken	die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Recht auf Asyl in allen Staaten der EU zu gewährleisten	
			Rechtsschutz für Betroffene auf Terrorlisten					Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und die Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA, sowie Verzicht auf eine Fluggastdatensammlung für innereuropäische Flüge	
			Europäischen Zivilen Friedensdienst					volle gerichtliche Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maßnahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu garantieren	
Wirtschafts- und Finanzpolitik	für :	sozialstaatliche Grundsätze	Finanzmärkte stärker regulieren	"aktive Förderung von Wachstum"				Festhalten am Verschuldungsverbot der EU	
		"gut entlohnte Arbeit"	europäischen Finanzumsatzsteuer und eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht					Konzentration der EU-Regionalpolitik auf die wirklich bedürftigen Regionen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“	
			Abschaffung aller Exportsubventionen					einheitliche EU-weite Bankenaufsicht, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln ist	
	gegen :		Arbeitsnehmerfreizügigkeit					Umschichtung der Ausgaben	
		deregulierte Finanzmärkte	Energiemonopole				politisch motivierte Beitritte zur Eurozone ohne strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien	EU-Steuer in jedweder Form	
		Marktadikalismus	Privatisierung der Sparkassen				Einführung einer EU-Steuer	Dauersubventionierungen	
	Forderung :	Ausbau des Niedriglohnssektors	Softwarepatente						
		Stärkung der Binnenwirtschaft	Trennung von Stromerzeugung und Betrieb der Übertragungsnetze.	der europäische Haushalt soll eine eigene Einnahmequelle haben			strengere Reglementierung der Tätigkeit von Managern angesichts der weltweit vernetzten Finanzmärkte	Überführung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den EU-Haushalt	
		strikte Kontrolle der Finanzmärkte	Grünen New Deal - verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik.				klare Grenzen für den Haushalt der EU	volle parlamentarische Kontrolle aller Ausgaben für Entwicklung	
		Abkoppeln der Finanzierung der Staaten von den Finanzmärkten	globales Währungssystem reformieren				Verschärfung der Grundsätze des sparsamen Haushaltes und der diesbezüglichen Kontrollen in der EU	ein gerechtes, einfaches, transparentes, verlässliches und nachhaltiges Einnahmen- und Ausgabensystem der EU	
		Einführung einer Vermögensabgabe in Europa	Was in der EU erwirtschaftet wird, das muss auch innerhalb der EU voll versteuert werden.					Finanzierung des EU-Haushalts ausschließlich aus zwei Quellen: Traditionelle Eigenmittel (Zölle) und Abführungen auf Grundlage der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten – Anteile am Bruttonationaleinkommen (BNE Abführungen)	
Bildungspolitik	für :		ECVET (European Credit System for Vocational Education and Training) und ECTS - European Credit Transfer and Accumulation System	Kürzung der nationalen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsausgaben, die dann durch europäische Zuwendungen ersetzt werden sollen			weitere Verbesserung der Qualifikation junger Menschen im europäischen Kontext auf nationaler und regionaler Ebene	Anhebung der Sprachkompetenz	
			öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch über das Internet	"Austauschprogramme oder Jugendbegegnungen" für alle Jugendlichen			weitere Vereinfachung der europäischen Anerkennung von Bildungsabschlüssen		
			Netzneutralität und Kulturflutrate						
	gegen :		Zusammenschluss nationaler - Ausbeutung junger Sportlerinnen und Sportler, Doping, Rassismus, Gewalt, Korruption und Geldwäsche						
			Internetfilter						
			DRM						
	Forderung :								
			Studienleistungen europaweit anerkennen					Maßnahmen zur Sprachförderung	
			Patentlaufzeiten verkürzen					Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprache in den Mitgliedstaaten und als Amts- und Arbeitssprache in den EU-Institutionen	
							reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien		

		Piraten	die Linke	Grüne	SPD	CDU	CSU	FDP	
Struktur der EU	für :		partnerschaftliche Kooperation der Regionen	Lissabon-Vertrag und Prinzip der Subsidiarität	ein föderales Europa, inkl. "eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung"		Gottesbezug in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union	"Europa der Bürger"	
			Stärkung des Europäischen Parlaments	Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	Subsidiarität		ein europäisches Volksgruppenrecht, das ein friedliches Zusammenleben aller Volksgruppen in der EU dauerhaft absichert	Stärkung des Europäischen Parlaments	
				Beitrittskandidaten sollen in den Bereichen mitarbeiten dürfen, in denen sie ihre Gesetzgebung den EU-Regelungen angepasst haben.	Möglichkeit engere Zusammenarbeit einzelner Mitgliedsstaaten			Mehr Demokratie statt Bürokratie	
				Effektivierung und Harmonisierung der Streitkräfte und Parlamentsvorbehalt bei Militärmissionen				verbesserte Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten	
	gegen :								
	Forderung :			Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)	Stärkung des Europaparlament inkl. Initiativrecht sowie Wahl des Kommissionspräsidenten		höheren Stellenwert für die deutsche Sprache in Europa	Bürokratieabbau direkt beim Kommissionspräsidenten anzusiedeln	
				Stärkung des Europäischen Parlaments auch in der Außenpolitik			dass alle Antragsformulare für EU-Fördergelder auf Deutsch verfügbar sind und auch auf Deutsch ausgefüllt werden können	die Zahl der Mitteilungs- und Berichtspflichten für Unternehmen erheblich zu reduzieren	
			Krisenprävention, interkultureller Dialog und traditionelle Außenpolitik effektiv verzahnen			dass Deutschland als das Land Europas mit den meisten Bürgerinnen und Bürgern, über eine entsprechend starke Vertretung von deutschen Staatsangehörigen in Europas Institutionen verfügt	Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses		
			eine/n EU-Menschenrechtskommission				stärkere Informations- und Mitwirkungsrechte für die nationalen Parlamente		
Agrarpolitik	für :			Kennzeichnung der Lebensmittel.	Abbau bis zur Abschaffung der Exportsubventionen		einen Zukunftspakt für die bäuerliche Landwirtschaft, der den bäuerlichen Familienbetrieben eine langfristige Perspektive bietet		
					umwelt- und tiergerechte Produktion				
	gegen :			Patente auf Leben	Gentechnik				
				Agro-Gentechnik					
				Subventionen					
	Forderung :			Nachhaltige Standards bei der Biomasseproduktion	Die Landwirtschaft "soll Kulturlandschaften erhalten, natürliche Lebensgrundlagen schützen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen.		dass sich die EU Agrarpolitik stärker an den Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft ausrichtet		
					Förderung einer Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an gesunden, hochwertigen Lebensmitteln, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont."		Abbau überbordender Verwaltungslasten in der Landwirtschaft		
							mehr regionale Zuständigkeiten und Entscheidungsmöglichkeiten in der Landwirtschaftspolitik		
Umweltpolitik	für :			Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (EURENEW) und den Ausbau von Solaranlagen	Solarenergie (Übergangsweise Kohle und Gas);		Energemix		
				europäischen Emissionshandel	Schiennetz als wichtiger Faktor für das Zusammenwachsen Europas		eine langfristige Energiepolitik in der Europäischen Union		
				Umsetzung eines Rückwurfsverbots für Beifänge (Fischerei)			"ein Europa, das sich der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet und das auch in Zeiten der wirtschaftlichen Krise seinen umwelt- und klimaschutzpolitischen Verpflichtungen gerecht wird"		
	gegen :			EU-Tierschutzgesetzgebung	Atomenergie		einsichtige Belastung einiger weniger EU-Staaten		
				Atomkraft und Kohlekraftwerke			grüne Gentechnik		
				Umdeklaration von Müllverbrennungsanlagen zu Verwertungsanlagen					
	Forderung :			Treibhausgasemissionen um 80% reduzieren bis 2050	Ausstoß von Treibhausgasen soll weltweit bis 2050 halbiert werden		dass die notwendigen Energieimporte von möglichst vielen Lieferländern und aus unterschiedlichen Energiequellen bezogen werden		
				nur Ökologische und tiergerechte Verfahren subventionieren	bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sollen jeweils die ökologisch günstigsten Verkehrsträger sowie der kombinierte Verkehr den Vorrang haben		dass neue Energiequellen umfassend und mit dem Ziel eines ausgewogenen Energiemixes erschlossen werden		
				europäische Richtlinie für globale Erwärmung auf zwei					